

# Kampf um das Budget

Franz Voves und Hermann Schützenhöfer feiern ihr Sparbudget als die Rettung der Steiermark. Doch Tausende Steirer protestieren dagegen. Und auch landhausintern werden Bedenken laut, ob das Sparpaket fünf Jahre hält.

Von Piotr Dobrowolski, Barbara Hoheneder und Felix von Bally

An Selbstbewusstsein mangelt es der rot-schwarzen Reformpartnerschaft dieser Tage nicht. Während in Graz Tausende Betroffene gegen das Sparpaket protestieren, freut sich Landeshauptmann Franz Voves, einen finanzpolitischen Meilenstein gesetzt zu haben. Der Bund solle sich das steirische Sparbudget doch zum Vorbild nehmen, ließ er vergangene Woche die Öffentlichkeit wissen. Und sein schwarzer Reformpartner Hermann Schützenhöfer sekundierte: „Unser Budget wäre ein guter Anlass zu sagen, die Wilden hinter dem Semmering sind nicht so blöd.“

Doch die gute Laune, die Voves und Schützenhöfer versprühen, ist möglicherweise etwas verfrüht. „Unter der Tucht“ habe man das Sparpaket verhandelt, bekannte Hermann Schützenhöfer vergangene Woche vor Journalisten. „Nein, hinter dem Vorgang“, korrigierte der Landeshauptmann. Doch ob Tucht oder Vorhang: So öffentlichkeitsscheu man das Sparpaket verhandelte, so unklar bleibt man nun bei seiner Verkün-

dung. Was bis jetzt über das Sparpaket bekannt wurde, sind bloß die groben Züge: weniger Geld in der Behindertenhilfe und Jugendwohlfahrt, Bettenreduktionen im Spitalswesen, Sparmaßnahmen bei der Wohnbeihilfe, Wegfall des Gratiskindergartens. Liegen die Details auf dem Tisch, könnte sich herausstellen, dass das Doppelbudget 2011/12 doch nicht ganz der große Wurf ist, als den man es verkaufen wird. Vielfach kommt auch die Kritik, dass das Budget zu spät saniert wurde: „Man hätte in der Steiermark schon viel früher darauf achten sollen, wie man mit dem vorhandenen Geld auskommt“, sagt etwa der Grazer Finanzwissenschaftler Richard Sturm (siehe Interview S. 16).

Sozialorganisationen und Gewerkschaften fürchten jedenfalls schon jetzt, dass in der Folge des Sparpakets unzählige Arbeitsplätze verloren gehen. Von rund 450 Vollzeitarbeitsplätzen spricht das Sozialressort, von mehr als tausend die Betroffenen selbst. Sie haben sich inzwischen in der überparteilichen Plattform 25 zusammgefunden, die vergangene

# „Paket bleibt zugeschnürt“

Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser macht den Gegnern des Sparpakets keine Hoffnungen auf Zugeständnisse.

**FRONTAL:** Die generelle Linie in Ihrem Ressort lautet offenbar: möglichst viele Leistungen beibehalten, aber die Umfänge kürzen. Eine Strukturreform sieht anders aus.

**Schrittwieser:** Es ist ja nicht so, dass die Leistungen, die wir bisher hatten, Unsinn wären. Die Frage ist aber, ob das Ausmaß nötig ist. Wenn jemand statt bisher 500 Stunden Familienentlastung im Jahr jetzt mit 400 auskommen muss, dann ist das nicht so dramatisch, das haben mir auch betroffene Familien bestätigt. Wir machen aber natürlich auch strukturelle Einschnitte, etwa indem wir die sogenannten mittelbaren Zeiten, also die Zeiten für die Vor- und Nachbereitung der Betreuungsstunden, reduzieren. In der Zukunft wird es auch für jede Leistung eine Überprüfung geben, ob sie den medizinisch gewünschten Erfolg gebracht hat. Denn wenn ich weiß, dass keine Verbesserung möglich ist, warum belästige ich dann ein Kind mit einer Therapie oder mit Frühförderung?

**FRONTAL:** Vielleicht weil ich dann eine Verschlechterung verhindern kann?

**Schrittwieser:** Im Zuge einer Überprüfung sieht man auch das. Wenn eine Leistung ausgesetzt wird und Verschlechterung eintritt, muss man die Leistung wieder einsetzen. Aber es geht nicht, dass Menschen automatisch für immer Klienten bei einem Träger werden. Sonst haben wir Ausgabensteigerungen, die wir uns nicht leisten können. Ich wünsche mir, dass das anders wäre, aber es gibt keine Alternative zum Sparkurs.

**FRONTAL:** Das sagen normalerweise eingefleischte Neoliberale, Sie sind meines Wissens Sozialdemokrat.

**Schrittwieser:** Ja, und als solcher habe ich Jahrzehnte mitgearbeitet, damit wir den sozialen Standard, den wir jetzt haben, erreichen. Wir werden auch nach den Kürzungen noch immer eines der besten Sozialsysteme in Europa haben. Wenn ich aber sehe, dass das Erreichte gefährdet ist, weil wir ohne Reformen 2015 nicht mehr zahlungsfähig sind, dann habe ich die Verantwortung, es abzusichern, indem ich die eine oder andere Leis-

tung kürze. Weil ich sonst 2015 noch viel mehr kürzen müsste. Zum Glück gibt es Bereiche, in denen wir relativ gut kürzen können, weil wir das Angebot bislang sehr großzügig ausgebaut haben. Es gibt ja Fälle, wo das Angebot so dicht ist, dass der behinderte Mensch kaum noch Zeit für sich selbst hat.

**FRONTAL:** Heißt das, dass die Leute bisher überbetreut wurden?

**Schrittwieser:** Schauen Sie, wir haben teilszeitbetreutes und vollzeitbetreutes Wohnen, wir haben Tagesheimstätten und Ansätze zu Freizeitassistenten. Der behinderte Mensch hat dann keine Freiräume mehr, die er aber auch braucht. Und ich sage Ihnen schon eines: Große Trägerorganisationen haben inzwischen juristische Abteilungen, die ganz genau darauf schauen, wie man Kunden lukrieren kann, und gezielt nach Leistungen suchen, die jemand in Anspruch nehmen könnte, um sie dann anzubieten. Das ist legitim. Aber wenn das Geld nicht da ist, müssen wir Einschränkungen machen. Meine Botschaft ist daher: Ihr könnt weitersuchen, aber der Kuchen, den wir zu verteilen haben, wird deshalb nicht größer. Wobei ich nicht anstehe zu sagen: Wenn wir nach einer gewissen Zeit, etwa Ende 2012, merken, dass wir irgendwo eine Schraube zu fest angezogen haben, werden wir nachjustieren.

**FRONTAL:** Das heißt, wer am lautesten schreit, bekommt etwas?

**Schrittwieser:** Bei mir sicher nicht. Wir werden uns nach Fachgutachten richten. Ich verstehe ja, dass die Menschen im Sozialbereich Angst um ihre Arbeitsplätze haben, dass sie verunsichert sind. Wir können reden, aber das Sparpaket wird nicht aufgeschnürt, nur weil jemand besonders lautstark protestiert.

Interview: Piotr Dobrowolski



Demonstranten in der Grazer Innenstadt: Weitere Proteste gegen Sparbudget geplant.

Woche eine von rund 10.000 Menschen besuchte Großdemonstration gegen das Sparpaket organisierte. Voves und Schützenhöfer blieben unberührt: Das Sparpaket wird nicht aufgeschnürt. Eine Position, die auch Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser einnimmt: „Man kann über alles reden, aber das Sparpaket bleibt zu“ (siehe Interview S. 12).

**Soziale Härten |** Der Sprecher der Protestplattform Gerhard Zückert hat damit wenig Freude: „Wir wollen keine Alibi-Gespräche, bei denen es von Anfang an klar ist, dass sich nichts ändern wird. Wir fordern echte, ergebnisoffene Verhandlungen“, sagt er. Und wenn es die nicht geben wird? „Dann müssen wir den Druck erhöhen.“

Doch so groß die sozialen Härten des Sparpakets auch sind, vieles spricht dafür, dass es trotzdem kaum den erhofften Sanierungseffekt bringen wird. „In vielen Fällen wird bloß getrickt, ohne nachhaltige Effekte zu erreichen“, sagt ein in Budgetfragen erfahrener hoher Landesbeamter. So würden Einsparungen zum Beispiel da-

durch erreicht, dass auf Investitionen oder Instandhaltungsmaßnahmen verzichtet wird: „Das ist in Wirklichkeit keine Einsparung, sondern eine Belastung des Budgets. Denn Objekte, die nicht in Stand gehalten werden, verlieren an Wert.“

Ebenso im Visier des Budgetspezialisten: der als Sanierungsmaßnahme geplante Verkauf der Wohnbaurdarlehen des Lan-

des an Banken. „Das Land holt sich auf diese Weise Geld, das es sonst erst in den kommenden Jahren bekommen hätte. Das ist ein Einmaleffekt. Abgesehen davon wird das Geld dann in den Folgejahren fehlen.“

**Ablaufdatum |** Der Beamte, der seinen Namen nur ungern in der Zeitung gedruckt sehen möchte, ist nicht der Einzige, der die Vermutung hat, dass das Sparbudget bloß eine auf zwei Jahre befristete Showaktion sei. Auch im innersten Kreis der rot-schwarzen Reformpartnerschaft ist immer wieder davon die Rede, dass die gegenseitige rot-schwarze Liebe und die damit verbundene Sparbereitschaft das Ablaufdatum 2013 haben. Zum einen weil dann auch die landespolitisch wichtigen Grazer Gemeinderatswahlen anstehen. Zum anderen aber auch, weil sich der jetzige ÖVP-Chef Hermann Schützenhöfer zu dieser Zeit ins Landtagspräsidium verabschieden wird und Voves ohne seinen sehr konzilianten Reformpartner bleibt. Das als Fünf-Jahres-Plan verkaufte Spar-



Pflege und Gesundheit: Rund 300 Millionen Euro will die rot-schwarze Landesregierung in diesen beiden Schlüsselbereichen einsparen.

programm könnte sich auch noch aus einem anderen Grund als deutlich kurzfristiger erweisen. Ebenfalls 2013 soll der Finanzausgleich neu verhandelt werden, also der Schlüssel, nach dem Steuergelder zwischen Bund, Land und Gemeinden aufgeteilt werden. Und da hoffen die Länder auf mehr Geld vom Bund, das sie von den Sparzwängen wenigstens teilweise entbinden würde. Die Steiermark ist da keine Ausnahme. Schon Anfang November bekannte Finanzlandesrätin Bettina

Vollath **FRONTAL** gegenüber: „Bis 2013 müssen die Länder mit dem Bund einen neuen Finanzausgleich verhandelt haben. Die Steiermark könnte da einiges herausholen.“

Was ihr in der Folgenummer allerdings einen Ruffel von Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka einbrachte.

**Zahlenspiele |** Auch sonst ist man in Wien von den steirischen Anstrengungen, das Budget zu sanieren, bei Weitem nicht so begeistert, wie es Voves und Schützenhöfer gern hätten. Beim Wirtschaftsforschungsin-


stitut WIFO etwa findet sich zum Beispiel kein Experte, der bereit wäre, das Sparbudget zu kommentieren. Offizielle Begründung: Auch wenn Regionalbudgets wichtig seien, habe man die personellen Kapazitäten nicht, um sich damit eingehend zu beschäftigen. Inoffizielle Vermutung: Das Budget ist nach wie vor bloß in Bruchstücken vorhanden und erlaube abseits von plakativen Zahlenspielerien keine seriöse Bewertung. Dabei haben die Landesräte in einem bun-

**Der neue FORD FOCUS.**  
Starten Sie mehr als ein Auto.

Jetzt mit € 1.000,- Startvorteil<sup>1)</sup>

- Torque Vectoring Control
- Fahrspur-Assistent<sup>2)</sup>
- EcoBoost Motorentechnologie<sup>2)</sup>
- Active City Stop System<sup>2)</sup>

**4** JAHRE\* GARANTIE www.ford.at



Kraftstoffverbr. ges. 4,2–6,0 l/100 km, CO<sub>2</sub>-Emission 109–139 g/km.  
Symbolfoto 1) Startvorteil gültig für alle lagernden Fahrzeuge. 2) Durch Aufpreis lt. Preisliste. Nähere Informationen auf www.ford.at oder bei Ihrem Ford-Händler.  
Freibleibendes Angebot. \*Beginnend mit Auslieferungsdatum, beschränkt auf 80.000 km.

**DER REISINGER**  
www.ford-reisinger.com

A-8021 Graz, Alte Poststraße 122 ☎ 0316/500-0  
A-8572 Bärnbach, Bahnweg 9 ☎ 03142/27500-0



Feel the difference

## „Das leere Bett entlohnen“

Gesundheitslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder will sparen, indem sie auf mobile und ambulante Betreuung setzt. Dogmen, an denen man nicht rütteln darf, gibt es für sie nicht.

**FRONTAL:** Sie sagen, dass Sie in Gesundheit und Pflege fast 300 Millionen Euro einsparen werden, die Versorgung aber trotzdem besser wird. Wie soll sich das ausgeben?

**Edlinger-Ploder:** Ich habe das Glück, ein Ressort übernommen zu haben, in dem wir seit Jahren Strukturfehler orten, sie aber aus emotionalen Gründen nicht behoben haben. Wenn wir jetzt an den Strukturen ansetzen, dann traue ich mir zu, in Gesundheit und Pflege Kosten so zu reduzieren, dass die Qualität der Patientenversorgung nicht schlechter wird. Auf ein neues Pflegebett zu verzichten bedeutet zum Beispiel keine Verschlechterung. Im Gegenteil, es kann eine Verbesserung sein, wenn ich stattdessen durch mobile Pflege den dringenden Wunsch älterer Menschen, zu Hause zu bleiben, unterstütze. Auch im Gesundheitsbereich sind Einsparungen ohne Qualitätsverluste möglich, wenn wir bereit sind, Dogmen über Bord zu werfen.



**Edlinger-Ploder:** „Kosten reduzieren, Versorgung sichern.“

**FRONTAL:** Sie wollen flächendeckend sogenannte Erstversorgungseinheiten einführen, die über die weitere Behandlung entscheiden. Damit rütteln sie am Dogma freie Arztwahl. Das macht normal eher die Linke. Sie müssten eigentlich für mehr Freiheit sein.

**Edlinger-Ploder:** Ich beschränke die Freiheit nicht. Die freie Arztwahl wird es auch in Zukunft geben. Ich möchte mit den ambulanten Erstversorgungseinheiten aber eine gezieltere Begleitung anbieten. Ich kann dem Patienten heute vielfach nicht zumuten, allein zu entscheiden, zu welchem Arzt er gehen muss, wie er behandelt werden soll. Die Medizin hat sich ja unglaublich weiterentwickelt. Den klassischen Internisten gibt es zum Beispiel schon lange nicht mehr. Allein in der Inneren Medizin gibt es zwölf Spezialisierungen. Bei Operationen wiederum ist es oft möglich, das, was früher stationär ge-

macht wurde, in Tageskliniken durchzuführen. Auch da kann man viel einsparen. Aber dazu müssen wir uns von dem Dogma befreien, dass jedes leere Bett gefüllt werden muss. Vielleicht finden wir für die Zukunft ein Modell, das das leere Bett entlohnt.

**FRONTAL:** Zum Thema Pflege. Sie setzen auf mobile Pflege. Zugleich scheinen Pflegeheime ein gutes Geschäft für die meisten Betreiber zu sein. Sollen Pflegeheime Gewinne machen können?

**Edlinger-Ploder:** Pflegeheime sollten kostendeckend zu führen sein. Bei den Landespflegeheimen haben wir das Problem, dass hier andere Löhne gezahlt werden als in privaten Heimen. Ich bin dennoch dafür, dass wir die Diversifizierung in öffentlich, gemeinnützig und privat beibehalten. Allein schon deshalb, weil ich nicht von einer dieser Gruppen abhängig sein will. Was jetzt allerdings passiert, ist ein fast ungebremster und ungesteuerter Ausbau von Pflegebetten. Deshalb habe ich gesagt: Es wird kein Pflegeplatz mehr genehmigt, solange kein Bedarfsplan auf dem Tisch liegt.

**FRONTAL:** Die Bezahlung des Pflegepersonals ist eigentlich lächerlich niedrig. Auch das ist ein Grund für manche Missstände.

**Edlinger-Ploder:** Dienstleistungsberufe sind in der Bezahlung ein Problem, das stimmt. Aber wenn Dienstleistungen so teuer werden, dass sie keiner mehr bezahlen kann, haben wir auch ein Problem. Ich glaube, dass wir im Pflegeberuf eine stärkere Differenzierung der Kompetenzen brauchen. Jetzt gibt es nur diplomierte und undiplomierte Pflege. In anderen Ländern gibt es vier Stufen, was mehr Karrieresprünge und eine bessere Lohnkurve erlaubt. Das ist ein Weg, über den wir nachdenken sollten.

**Interview: Piotr Dobrowolski**



Fotos: J. Kurek

**Theater-Holding-Chef Nebel:** „Wegen einer Premiere weniger geht das Abendland nicht unter.“

ten Reigen von Pressekonferenzen die Sparpläne ihrer Ressorts präsentiert. Doch was eine Informationsoffensive hätte werden können, geriet zu einer ziemlich peinlichen Veranstaltung. Die meisten Regierungsmitglieder brachten gerade ein, zwei, maximal drei schnell zusammenkopierte Zettel mit, um darauf ihre Sparpläne darzustellen. Dementsprechend aussagelos blieben auch ihre Ausführungen. Und selbst jene, die sich die Mühe machten, etwas aufwendigere Unterlagen zusammenzustellen, präsentierten blanke Zahlen, ohne genau zu sagen, wie die erreicht werden sollen. So zeigte Finanzlandesrätin Bettina Vollath zwar eine Reihe von Powerpoint-Folien mit sehr vielen sehr bunten Balken, ließ das Publikum aber am Ende nicht wesentlich informierter zurück, als es ohnehin schon war.

**Strukturreform |** Lediglich das Ressort Gesundheit, Pflegemanagement, Wissenschaft und Forschung überraschte. Mit der Fokussierung auf mobile Pflege, stärkerer Einbindung der Angehörigen und einer Neubewertung der Pflegeheimbedürftigkeit setzte die zuständige Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder im Pflegebereich viele Forderungen um, die auch von Sozialorganisationen aufgestellt wurden. In ihrer Präsentation konnte sie überdies zeigen, dass sie es nicht beim Kürzen von Leistung bewenden lassen will, sondern auch an die seit Jahren eingeforderten Strukturreformen im Spitalsbereich gedacht hat: „Wenn wir jetzt bei den Strukturen ansetzen, dann traue ich mir zu, in Gesundheit und Pflege Kosten so zu reduzieren, dass die Qualität der Patientenversorgung nicht schlechter wird“, sagt sie (siehe Interview S. 14).

Für Aufmerksamkeit sorgte auch Wirtschafts- und Kulturlandesrat Christian Buchman. Er kam zu seiner Pressekonferenz gleich friedlich vereint mit jenen Managern, denen er das Geld kürzen musste: dem Chef der steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft Burghard Kalten-

# DAS PERFEKTE OSTERGESCHENK!

**See-Rock FESTIVAL 2011**

**Roxette & Joe Cocker**



**FREITAG 03.06.**



**FREITAG 10.06.**



**SAMSTAG 11.06.**



**FREITAG 17.06.**



**SAMSTAG 25.06.**



**MITTWOCH 06.07.**



**DONNERSTAG 07.07.**



**FREITAG 05.08.**



**SAMSTAG 06.08.**



[www.facebook.com/SchwarzlSee](http://www.facebook.com/SchwarzlSee)

**Schnell Tickets holen!**

Tickets in jeder Raiffeisenbank u. bei oeticket!

**oeticket.com** 96896

**CLUB** ERMASSIGUNG

**WWW.SCHWARZLSEE.at**

**Unterpremstätten/Graz**



# „Absolut falsches Signal“

Der Grazer Finanzwissenschaftler Richard Sturn findet das Sparpaket berechtigt, kritisiert aber die Abschaffung des Gratiskindergartens als ein sozialpolitisch völlig falsches Signal.

**FRONTAL:** Hat die Landesregierung recht, wenn sie behauptet, dass es zum Sparkurs keine Alternative gibt?

**Sturn:** Es gibt tatsächlich eine reale Gefahr, dass die Schulden das Land Steiermark politisch handlungsunfähig machen. Die Steiermark ist zu klein, um mit Investitionen die Konjunktur ankurbeln zu können. Deshalb ist eine hohe Verschuldung für das Land wirtschaftlich sinnlos. Bundesländer sollten solide Finanzen haben.

**FRONTAL:** Wie erklären Sie sich, dass die Budgetlage plötzlich so dramatisch sein soll?

**Sturn:** Man hätte in der Steiermark schon viel früher darauf achten sollen, wie man mit dem vorhandenen Geld auskommt. In guten Zeiten hat man viel Geld ausgegeben, um sich politische Loyalitäten zu sichern. Man wollte niemand vergraulen. Deshalb hat jede noch so kleine Feuerwehr ihr eigenes Feuerwehrhaus bekommen, auch wenn das gar nicht notwendig war. Wir sind daran gewöhnt, dass die Politik in der Steiermark Geld verteilt. Man sollte sich fragen, ob dieses Klientensystem ein gutes politisches Modell für die Zukunft ist. Was das Verteilen von Zuwendungen anlangt, hat Landeshauptmann Voves schon recht, wenn er sagt, wir hätten in den letzten Jahren Speck ange-setzt.

**FRONTAL:** Daneben muss es aber noch andere Gründe geben, warum die Kosten für die Länder explodieren. Sonst wären die Zahlen, mit denen die Landesregierung den großen Sparbedarf den Wählern gegenüber begründet, nicht erklärbar.

**Sturn:** Es gibt bei den Spitälern ein großes Potenzial, mit dem Geld effizienter umzugehen. Man könnte mit weniger Geld dieselbe Leistung erbringen. Das gilt auch für unsere politischen Strukturen. In der Südoststeiermark sind die Gemeindestrukturen sogar für österreichische Maßstäbe ungewöhnlich kleinteilig. Das lässt sich in einer global vernetzten Welt einfach nicht mehr aufrechterhalten.

**FRONTAL:** Kritiker des Sparbudgets sagen, dass viele Einsparungen bei den Sozialausgaben langfristig höhere Kosten verursachen werden und letztlich kontraproduktiv sind.

**Sturn:** Investitionen in elementare Bildung, also in Kindergärten und Vorschulen, sind die rentabelste Investition im Erziehungsbereich, das belegen alle Untersuchungen. Deshalb ist es besonders schmerzhaft, dass man den Gratiskindergarten wieder abschafft. Auch wenn es verteilungspolitisch sinnvoll sein mag, dass Eltern ab einem gewissen Einkommen für den Kindergartenbesuch ihrer Kinder zahlen müssen, aus der Sicht der Bildungspolitik ist es absolut das falsche Signal.

**FRONTAL:** Müsste man die Steuern erhöhen, damit wir uns den Gratiskindergarten leisten können?

**Sturn:** Ich denke, dass unsere Steuerquote genau richtig ist. Aber der öffentliche Sektor muss effizienter arbeiten. Wir brauchen eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern, da könnte man das Geld einsparen, das man für den Gratiskindergarten braucht.

**FRONTAL:** Wie sollten die Aufgaben zwischen Bund und Land verteilt werden?

**Sturn:** Österreich braucht eine umfassende Bundesstaatsreform. Wir brauchen eine klare und vernünftige Verteilung der Aufgaben zwischen den politischen Ebenen der Republik. In Österreich gibt es viele geteilte Zuständigkeiten, die dazu führen, dass im Zweifelsfall niemand für ein Problem verantwortlich ist.

**Interview: Barbara Hoheneder**



**Sturn: „Ein Feuerwehrhaus für jede kleine Feuerwehr ist sinnlos.“**

beck, dem Theater-Holding-Geschäftsführer Peter Nebel und den Geschäftsführern des Universalmuseums Joanneum, Wolfgang Muchitsch und Peter Pakesch. Ob die genannten Herren ganz freiwillig mitmachten, ist nicht überliefert.

**Gelassen** | Theater-Holding-Chef Nebel gibt sich jedenfalls ziemlich gelassen: „Dass die großen Institutionen sparen, damit die Kleinen überleben, war von Anfang an die Vorgabe. Ab Herbst 2012 werden daher unsere Häuser auf eine Neuproduktion verzichten. Das ist schlimm, aber nicht der Untergang des Abendlandes.“ Darauf, dass private Sponsoren den unter Druck geratenen Kulturmachern helfen könnten, macht man sich keine zu großen Hoffnungen. „Das funktioniert in der Steiermark nicht. Die großen Firmen haben ihren Blick auf Wien gerichtet. Wir sind sehr glücklich mit dem Sponsoring der Steiermärkischen Sparkasse. Aber sehr viel mehr wird da nicht möglich sein“, sagt etwa Opernintendantin Elisabeth Sobotka.

Bei der freien Kulturszene kommt Buchmanns Politik, bei den Großen zu sparen, dennoch nicht besonders gut an. Auch wenn nach den Worten des Landesrats für 146 regionale Kulturinitiativen und -vereine Planungssicherheit bis Jahresende 2012 besteht, so ist das zumindest für die Vorsitzende der IG-Kultur, Anita Hofer, nicht genug. „Keiner weiß, was nach 2012 kommt. Es gibt jetzt schon Zeichen, dass die Verträge danach nicht verlängert werden“, sagt sie. Um dann eine Förderung für alle zu verlangen: „Wir fordern, dass alle Menschen sich kulturell beteiligen können. Dem Land fehlt aber eine vielseitige kulturelle Perspektive.“

Bei der freien Kulturszene kommt Buchmanns Politik, bei den Großen zu sparen, dennoch nicht besonders gut an. Auch wenn nach den Worten des Landesrats für 146 regionale Kulturinitiativen und -vereine Planungssicherheit bis Jahresende 2012 besteht, so ist das zumindest für die Vorsitzende der IG-Kultur, Anita Hofer, nicht genug. „Keiner weiß, was nach 2012 kommt. Es gibt jetzt schon Zeichen, dass die Verträge danach nicht verlängert werden“, sagt sie. Um dann eine Förderung für alle zu verlangen: „Wir fordern, dass alle Menschen sich kulturell beteiligen können. Dem Land fehlt aber eine vielseitige kulturelle Perspektive.“



**Opernintendantin Sobotka: „Sponsoren können Kürzungen nicht ausgleichen.“**

Fotos: J. J. Kucek